

**Aus aktuellem Anlass****Die echte Polizei warnt vor Betrügnern**

**VADUZ** Zwei Betrugsmaschen werden derzeit kombiniert eingesetzt, um Geld zu ergaunern: Enkeltrickbetrüger geben sich als Polizisten aus. Davor warnt die Landespolizei in der Pressemitteilung vom Freitag. Und so gingen die Betrüger demnach genau vor: «Zuerst kommt es zu einem Anruf einer angeblich Bekannten und nachfolgend meldet sich ein angeblicher Mitarbeiter des Landeskriminalamtes Linz. Der teilt der angerufenen Person mit, dass er soeben mit einer Betrügerin gesprochen habe, die durch die Polizei überwacht wird.» Beide Anrufer sprachen laut der Medienausendung mit österreichischem Dialekt und versuchten die angerufene Person zu überzeugen, Geld von der Bank abzuheben.

**Ratschläge der Landespolizei**

In derselben Mitteilung weist die Landespolizei auf Folgendes hin:

- Dubiose Telefonate sofort beenden.
- Geben Sie am Telefon keine Bankdaten oder Vermögensverhältnisse preis.
- Seien Sie misstrauisch, wenn sich Personen am Telefon als Verwandte oder Bekannte ausgeben und Sie diese nicht erkennen. Oftmals wird die Frage «Kennst du mich nicht?» gestellt.
- Die Polizei wird am Telefon niemals dazu auffordern, Geld zu beheben, Schmuck herauszugeben oder Bankdaten bekanntzugeben.
- Halten Sie nach einem Anruf mit Geldforderungen sofort Rücksprache mit Familienangehörigen oder Vertrauenspersonen.
- Lassen Sie sich niemals zu Geldabhebungen drängen.
- Übergeben Sie niemals Geld an unbekannte Personen.
- Informieren Sie bei verdächtigen Anrufen sofort die Landespolizei (Tel.-Nr.: +423 236 71 11). (red/pd)

**Aus der Region****Acht Verletzte nach Frontalkollision**

**LANDQUART** Acht Personen sind am Donnerstagabend in Landquart bei der Kollision mehrerer Fahrzeuge verletzt worden, eine davon schwer. Ein 37-jähriger Autofahrer war auf der Prättigauerstrasse talauswärts in Richtung Landquart unterwegs, als er bei der Örtlichkeit Felsenbach auf die Gegenfahrbahn geriet. Wie die Kantonspolizei Graubünden am Freitag informierte, kollidierte der Autofahrer dort frontal mit dem Lieferwagen eines 26-jährigen Lenkers. Der Lieferwagen prallte rechts gegen die Leitplanke, wurde nach links geschleudert und krachte dort, wiederum frontal, gegen das Auto einer 75-jährigen. Der Personenwagen eines weiteren 44-jährigen Lenkers wurde durch Kollisionsteile beschädigt. Die 75-jährige Lenkerin wurde schwer und ihr Mitfahrer mittelschwer verletzt. Die beiden mussten von der Stützpunkt-Feuerwehr Landquart mit Brechwerkzeug aus dem Auto befreit werden. Der Lenker des Unfall verursachenden Autos sowie alle fünf Insassen des Lieferwagens wurden leicht verletzt. Der leitende Notarzt vor Ort koordinierte gemeinsam mit dem Einsatzleiter Sanität den Transport der Verletzten ins Kantonsspital Graubünden nach Chur, ins Spital Grabs sowie ins Spital Schiers. Die Transporte der Verletzten besorgten die Rettungsflugwacht, drei Ambulanzen der Rettung Chur und eine Ambulanz des Spitals Schiers. Die Fahrzeuge waren abends um etwa 19 Uhr kollidiert. Bis 21.30 Uhr waren sowohl die Prättigauerstrasse als auch die Chlusstrasse komplett gesperrt. Bis zur Freigabe der Prättigauerstrasse kurz vor Mitternacht wurde der Verkehr wechselseitig über die Chlusstrasse geleitet. Die Kantonspolizei Graubünden erliess zum Unfall einen Zeugenaufwurf. (sda)

# Junge Liste will sich für Senkung des Wahlalters auf 16 einsetzen

**Forderung** Die Jugendorganisation der FL setzt sich für das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren ein. Für den Herbst ist eine Petition geplant.

VON DANIELA FRITZ

Ab wann sollte man politisch mitbestimmen dürfen? Die Junge Liste (JL), die Jugendorganisation der Freien Liste, will Jugendlichen politische Beteiligung ermöglichen und setzt sich für eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre ein, wie die Freie Liste gestern mitteilte. Die JL werde im Herbst eine Petition starten, hiess es auf «Volksblatt»-Nachfrage. Als Hauptargument dient der JL die demografische Entwicklung. Der Anteil der über 65-Jährigen wird in den kommenden Jahren enorm ansteigen. Senioren würden also ein immer grösseres politisches Entscheidungsgewicht erhalten, so die Befürchtung. Samuel Schurte, Angilina Davida, Daniel Lochner und Andreas Verling von der JL beobachten diese Entwicklung mit Besorgnis und wollen hier mit der Einführung des aktiven Wahlalters 16 gegensteuern. Für das passive Wahlrecht, also selbst kandidieren zu können, will die JL die Altersgrenze aber bei 18 Jahren beibehalten.

**Grossparteien zurückhaltend**

Die Freie Liste unterstützt das Anliegen ihrer Jugendorganisation. Die anderen Parteien zeigen sich noch etwas verhalten. «Grundsätzlich bin ich neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen», meinte FBP-Präsident Marcus Vogt. Allerdings sollte man diese Diskussion nicht führen, ohne die Betroffenen miteinzubeziehen: «Die zentrale Frage ist für mich, ob die Jugendlichen auch das Bedürfnis und Interesse an einem früheren Wahlrecht haben.» Seitens der Jungen FBP habe er diesen Wunsch noch nicht vernommen. Wenn aber ernsthaftes Interesse bestünde, müssten diverse Fragen geklärt werden. VU-Präsident Günther Fritz begrüsste es, dass die JL das Thema auch in Liechtenstein auf die politische Agenda in Liechtenstein bringen möchte.



Geht es nach der Jungen Liste, sollten in Liechtenstein auch 16-Jährige abstimmen dürfen. (Foto: Paul Trummer)

Fritz geht jedoch davon aus, dass die Meinungen dazu in der Bevölkerung sehr kontrovers sein dürften. Eine klare Position bezog er nicht. Auch Innenministerin Dominique Hasler begrüsst den Dialog zum Thema. «Die Frage nach der Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre stellt ein von Jugendlichen nachvollziehbares Anliegen dar», so Hasler. Seit 1862 sei das Wahlalter sukzessive von 24 auf 18 Jahre gesenkt worden, zuletzt im Jahr 2000. Einer möglichen Senkung des Wahlalters müsse aber eine breite gesellschaftliche Diskussion vorangehen.

**Politisches Interesse könnte steigen**

Aus theoretischer Sicht erkennt Politologe Wilfried Marxer vom Liechtenstein-Institut in einem niedrigen Wahlalter jedenfalls den Vorteil, dass dadurch angesichts der Alterung der Gesellschaft das jüngere Alterssegment in der Wählerschaft stärker vertreten wäre. Nachteilig könnte es allenfalls sein, wenn sich die Jungen gar nicht für Politik interessieren und ihre Wahlberechtigung

nicht wahrnehmen würden. «Davon muss man aber nicht ausgehen», so Marxer. Wenn man selbst wahlberechtigt ist, informiere man sich schliesslich auch mehr - wenn auch über andere Kanäle als die Älteren.

**Erfahrungen aus Österreich**

Marxer weist hierzu auf die Erfahrungen in Österreich, wo 16-Jährige bereits seit 2007 wählen dürfen. Das passive Wahlrecht liegt in Österreich hingegen weiterhin bei 18 Jahren. Anlässlich der Nationalratswahlen 2017 wurden im Rahmen der Austrian National Election Study die Erstwähler unter die Lupe genommen. Die Studienautoren kommen zu einem positiven Fazit und bestätigen frühere Forschungsergebnisse. Demnach sei in Österreich das Interesse der Jungen an der Politik sowie das politische Interesse und Wissen durch die Wahlberechtigung positiv beeinflusst worden, zudem zeigte sich eine hohe Wahlbeteiligung unter den Erstwählern. «Die Auswertung zeigt, dass die Jungen recht gut informiert waren und

ein recht ausgeprägtes Interesse an der Politik gezeigt haben», fasst Marxer zusammen. Das politische Interesse der Jugendlichen ist laut der Studie umso grösser, je mehr sie das im Elternhaus vorgelebt bekommen. «Da in Liechtenstein durchschnittlich ein beachtliches politisches Interesse da ist, ist auch bei den Jungen ein relativ grosses politisches Interesse zu erwarten», bezieht sich Marxer auf frühere Wählerumfragen und die relativ hohe Stimmbeteiligung im Fürstentum. Auch das Beispiel der Klimajugend zeige, dass im Falle von Betroffenheit durchaus ein politisches Engagement entstehen. «Die Erfahrung Österreichs zeigt, dass das Interesse der Jungen an der Politik wie auch die Informiertheit über Politik infolge Wahlberechtigung positiv beeinflusst wurde», so Marxer. Ob Ältere aufgrund ihrer Lebenserfahrung «besser» abstimmen, könne auch angezweifelt werden: «Wer sagt denn, dass aus der Lebenserfahrung die besten Entscheidungen resultieren?»

Seite 12

## Hochspannungsleitung: Balzner Gemeinderat wurde informiert

**Gespräche** Am Mittwoch erhielt der Balzner Gemeinderat einen Überblick über die Abklärungen und Gespräche zur notwendigen Verlegung der Hochspannungsleitung.

Wie die Regierung in einer Mitteilung bekannt gab, haben Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch und Katja Gey, Leiterin Amt für Volkswirtschaft, den Balzner Gemeinderat über den aktuellen Stand der Abklärungen zur Trassenverlegung der Hochspannungsleitung in Balzers informiert. Es seien insbesondere die möglichen konkreten Varianten für eine neue Linienführung über liechtensteiner Hoheitsgebiet aufgezeigt und die noch offenen Fragen sowie notwendigen nächsten Schritte diskutiert worden.

**Mögliche Varianten**

In der Medienmitteilung der Regierung wurden die Alternativen zur derzeitigen Trassenführung nicht aufgezeigt, auf der Homepage der Swissgrid AG heisst es allerdings, dass das Unternehmen in Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro folgende drei Varianten ausgearbeitet habe, die aus der Sicht des Unternehmens realisierbar wären:

- Erdverlegung auf einem Teilab-

schnitt entlang von Flurwegen im Bereich der heutigen Freileitung

- Verschiebung der heutigen Freileitung nach Westen zwischen dem Quartier Brühl und den Bauernhöfen
- Bestehende Freileitung beibehalten.

Diese kleinräumigen Varianten seien bei optimalem Verfahrensverlauf in wenigen Jahren realisierbar. Ohne den Weiterzug an die Gerichte wäre ein Baustart im Jahr 2021 möglich, heisst es auf der Homepage von Swissgrid. Bis die zukünftige Lösung definiert und umgesetzt ist, soll die bestehende Leitung auch nach Ablauf des Vertrages (August 2021) weiterbetrieben werden. Dafür sei das Unternehmen aber auf die Zusage der Gemeinde und Grundeigentümer angewiesen. Vorsteher Hansjörg Büchel wollte zum Projekt «Trassenverlegung» keine Auskunft geben, stattdessen verwies er auf das Amt für Volkswirtschaft.

**Land vermittelt**

Auf einer Länge von rund 2,5 Kilometern überquert eine Hochspan-



Die Hochspannungsleitung in Balzers wird weiterbetrieben, bis eine Lösung umgesetzt ist. (Symbolbild: Shutterstock)

nungsleitung, die von der schweizerischen Netzgesellschaft Swissgrid AG betrieben wird, in Balzers liechtensteinisches Hoheitsgebiet. Am 21. August 2021 läuft der vor 50 Jahren abgeschlossene Dienstbarkeitsvertrag für die betroffenen rund 60 Grundstücke ab. Seit 2005 weist die Gemeinde Balzers auf diese Tatsache hin und forderte Swissgrid als verantwortliche Leitungsbetreiberin immer wieder auf, sich rechtzeitig um eine Ersatzlösung zu bemühen. Die Regierung hat in der Frage des Rückbaus und des Verlaufs der Leitung keine direkte Zuständigkeit,

weil die Leitung aber auch das Fürstentum mit Strom versorgt, ist diese für das Land Liechtenstein dennoch sehr relevant. Daher hat die Regierung das Amt für Volkswirtschaft mit der Koordination und Unterstützung der Gespräche beauftragt, die derzeit zwischen Swissgrid und den involvierten liechtensteinischen Landesbehörden, der Gemeinde Balzers und den liechtensteinischen Kraftwerken laufen. Ziel der Gespräche ist es, eine gemeinsam getragene Lösung zu erarbeiten, heisst es in der Medienmitteilung der Regierung. (red)